

Berlin war einmal berühmt für seine Fähigkeit, Widrigkeiten zu trotzen. Doch im Wahljahr 2011 gibt es ein Tabu für alle anstrengenden Themen.

## Die Hauptstadt, willenlos?

Von Gerd Held

Demokratische Wahlen dienen der Willensbildung und das ist in einem tieferen Sinn zu verstehen. Im Wahlprozess kann sich ein politischer Wille der Bürger bilden, der auch die Bereitschaft einschließt, für dringende politische Aufgaben etwas einzusetzen. Es ist die Stärke der Demokratie, dass sie einen tieferen Willen mobilisieren kann als autoritäre Regime. Gewiss gibt es sehr unterschiedliche Wahljahre, doch die Grunderwartung, dass von ihnen ein Ansporn ausgeht, ist eigentlich immer da. Umso merkwürdiger entwickelt sich das Berliner Wahljahr 2011. Im Winter war noch häufiger ein „Es muss etwas geschehen“ zu hören, verbunden mit Kritik an der Passivität des Berliner Senats. Inzwischen hat das Motto „Es geht um nichts“ die Oberhand gewonnen. Ganz entspannt erwarten die regierenden Sozialdemokraten ihre Bestätigung als Regierungspartei – in welcher Koalition auch immer. Die SPD hat den Slogan „Berlin verstehen“ erfunden und besser könnte man eine Situation, in der es um nichts geht, nicht treffen. Auch für das Amt des regierenden Bürgermeisters kann man sich keinen passenderen Kandidaten als den bisherigen Amtsinhaber vorstellen. Er verkörpert in idealer Weise die Botschaft an die Stadt: „Du kannst bleiben, wie Du bist.“ Klaus Wowereit ist der beste Berlin-Versteher und führt alle Umfragen haus-hoch an. Doch mit dieser Führung ist keine Spannung, keine Erwartung und keine Mobilisierung verbunden. Nun haben auch die Grünen deutlich gemacht, dass sie nur Teilhaber am Wowereit-Berlin werden wollen. Ausgerechnet im Fernsehduell hat Frau Künast den regierenden Bürgermeister um eine Koalition gebeten. Die deut-

sche Hauptstadt erscheint in diesem Frühherbst 2011 merkwürdig willenlos.

Es geht hier nicht darum, dass Berlin besonders große Probleme hätte. Die gibt es in vielen Metropolen. Erstaunlich ist vielmehr, dass sich in Berlin kaum ein Wille zur Gegenmacht entwickelt. Stattdessen gibt es einen eingespielten Kreislauf des Verdrängens, an dem nicht nur die regierenden Politiker mitwirken. „Wir können nicht überall Polizisten hinstellen“ ist inzwischen zur Patentantwort auf die demonstrativen Rechtsbrüche im öffentlichen Raum geworden. Vermüllung von Parks, Brandanschläge in Hausfluren, schwere Gewaltverbrechen in der U-Bahn – unbeeindruckt bleiben Senat und Justiz bei der Linie, dass dies kein politisches sondern ein pädagogisches Problem sei: Man müsse „ganz früh“ ansetzen, die Schulen seien wichtig (und dort eigentlich nur die Sozialarbeit) und letztlich sowieso die Eltern. Es passt ins Bild, dass der RBB die Politikerrunde zur Wahl vor einem Schülerpublikum inszenierte und damit signalisierte, dass es nur um die demokratische Übung geht und nicht um den Ernstfall. So gibt es in der Stadt zwar viele Wünsche, aber kaum einen Willen zum wirklichen Eingriff. Dazu kommt eine verbreitete Unsicherheit darüber, was man überhaupt von der Politik verlangen darf. Bürger, denen man gerade das Auto abfackelt hat, äußern sich vor der Kamera und es klingt seltsam resigniert, beinahe abgestumpft.

Gewiss ist Berlin attraktiv, aber seine innere Bewegungskraft ist ihm gegenwärtig abhanden gekommen. Die Metropole, die noch in den 1990er Jahren die größte Baustelle in Europa bewältigte, ist im

Moment nicht in der Lage, eine dringend benötigte Verlängerung der Stadtautobahn A 100 zu bauen. Die Stadt der Luftbrücke, deren Ausdauer die Welt beeindruckte, hat jetzt die „Unerträglichkeit“ des Fluglärms entdeckt und hadert mit seinem neuen Flughafen, der schon fast fertiggestellt ist. Die Stadt, die vor 100 Jahren darauf stolz war, bei Wasser, Energie und Verkehr die modernste „Stadtmaschine“ der Welt zu sein, diskutiert heute darüber, ob man mit mehr als 30 km/h unterwegs sein darf. Auch die Stärke der Berliner Alternativszene bestand einmal darin, dass sie etwas Eigenes machte und dabei „Selbstausbeutung“ in Kauf nahm. Heute verplumpert man lieber mit fruchtlosen Gentrifizierungs-Theorien seine Zeit. Im historischen Maßstab zeigt sich der Verlust der Handlungsfähigkeit: Wie keine andere deutsche Stadt ist Berlin auf einen trotzi- gen, bisweilen kühnen Willen gebaut. Doch im Jahr 2011 ist in der deutschen Hauptstadt davon wenig spürbar.

Allerdings trifft man die Stimmung nicht richtig, wenn man sie als schlichte Schlafmützigkeit darstellt. Es gibt ein gewisses Grummeln in Berlin – eine Vorahnung, dass es so nicht weitergehen kann. Und es gibt eine Reaktion auf das Grummeln: Die Berlin-Versteher sind etwas nervös geworden, ein aggressiver Unterton hat bei ihnen Einzug gehalten. Da werden Redebeiträge als „schädlich“ qualifiziert, bestimmte Autoren als „Brandstifter“ bezeichnet. Statt den Meinungsstreit zu führen, möchte man bestimmte Meinungen gar nicht erst aufkommen lassen. In einer Berliner Tageszeitung schlägt der Kommentator in Sachen Sarrazin vor, man solle ihn „einfach

auslachen und stehen lassen“. Von einer Buchpräsentation über islamische Paralleljustiz wird berichtet, um dann am Ende des Artikels noch schnell hinzuzufügen, es handele sich wohl nur um „Wellen im Wasserglas“. So werden bestimmte Redebeiträge von vornherein herabgesetzt. Man ruft nicht direkt nach ihrem Verbot, aber man versucht, ihren Zugang zur Öffentlichkeit zu blockieren. Ein Bezirksbürgermeister kritisiert nachlässige Richter und sofort ertönt ein ganzer Chor, der darin einen Anschlag auf die Unabhängigkeit der Justiz erblickt. Auf leisen Sohlen hat sich die Frage „Darf der das?“ in der Stadt breit gemacht. Die angeblich multikulturelle Offenheit erträgt nur noch das, was die eigene Weltansicht und Lebensform bestätigt. Zur Neiddebatte ist eine Zensurdebatte gekommen. Hier bekommt das „Berlin verstehen“ eine Wendung ins Intolerante. Man will bestimmen, was berlinerisch ist und was nicht.

Willensschwäche macht engherzig und darunter leidet die berühmte, bisweilen recht ruppige Berliner Freiheit. Man mag die Herausforderung durch abweichende Stimmen nicht mehr hören. Auch nicht die eigene, innere Stimme, dass in der Stadt etwas falsch läuft. Deshalb fällt die Abwehrreaktion so heftig aus. Man möchte nicht in den Spiegel blicken – wenigstens nicht in einen Spiegel, der einem von fremder Hand vorgehalten wird. Bei der Wahl am 18. September wird das selbstgefällige „Berlin verstehen“ wohl gewinnen. Aber schon wenige Tage später, beim Besuch des Papstes, könnte sich erweisen, dass das Herz der Stadt dadurch nicht weiter geworden ist.

*(Manuskript vom 9.9.2011, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung DIE WELT vom 12.9.2011 unter der Überschrift „Die willenlose Hauptstadt“)*